

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

A. Allgemeine Hinweise und Begrifflichkeiten

In bestimmten ERP-/KfW-Förderprodukten werden Subventionen, im EU-Sprachgebrauch Beihilfen, gewährt. Beihilfen an Unternehmen sind nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) grundsätzlich verboten, da sie negative Auswirkungen auf den Wettbewerb in der EU haben können. Unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt das EU-Recht allerdings Ausnahmen vom allgemeinen Beihilfeverbot. Die entsprechenden EU-Beihilferegulungen bestimmen detailliert, in welchen Bereichen, zu welchen Bedingungen und bis zu welcher Höhe Beihilfen gewährt werden dürfen. Bekannte Beihilferegulungen sind die De-minimis-Verordnungen und die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO). Im Folgenden werden die wichtigsten Begriffe und Bedingungen im Kontext der Gewährung von Beihilfen durch die KfW näher erläutert.

Was ist eine Beihilfe?

Als Beihilfen werden vereinfachend öffentliche Zuwendungen bzw. Subventionen bezeichnet, die für das empfangende Unternehmen einen wirtschaftlichen Vorteil gegenüber anderen Unternehmen darstellen, welche eine solche Zuwendung nicht erhalten. Diese Zuwendungen können unter anderem in Form von Zuschüssen, Beteiligungen, zinsverbilligten Krediten oder Bürgschaften/Garantien gewährt werden.

Wie errechnet sich die Höhe einer Beihilfe?

Im Falle eines zinsverbilligten Kredits errechnet sich die Beihilfe aus der Zinsdifferenz zwischen dem bei Zusage gültigen Marktzinssatz und dem Zinssatz des gewährten Kredits. Als Marktzinssatz wird dabei der EU-Referenzzinssatz verwendet. Die Methodik zur Ermittlung des EU-Referenzzinssatzes hat die EU-Kommission festgelegt. Bei der Berechnung der Beihilfe eines Kredits wird auch berücksichtigt, dass der gesamte Zinsvorteil nicht – wie bei einem Zuschuss – in voller Höhe bei Auszahlung der Mittel, sondern über die gesamte Kreditlaufzeit gewährt wird. Diese zeitliche Streckung wird durch die Bildung des Barwertes (Bruttosubventionsäquivalent) berücksichtigt, welcher alle zukünftigen Zinsvorteile auf den Wert zum Zeitpunkt der Kreditgewährung abdiskontiert. Den so errechneten absoluten Betrag des Zinsvorteils bezeichnet man als Beihilfe- bzw. Subventionswert. Bei Zuschüssen entspricht der gesamte Zuschussbetrag dem Beihilfenswert. Beihilfen gelten als sog. „transparente“ Beihilfen, wenn das Bruttosubventionsäquivalent im Voraus berechnet werden kann. Dies ist u.a. bei Zuschüssen der Fall sowie bei Krediten, wenn der Barwert auf der Grundlage des zum Bewilligungszeitpunkt geltenden EU-Referenzzinssatzes berechnet wurde.

Wird der Beihilfenswert ins Verhältnis zu den förderfähigen Investitionskosten gesetzt, ergibt sich daraus die so genannte Beihilfeintensität in Prozent. Die förderfähigen Investitionskosten sind der Teil der Investitionskosten, für die nach der jeweils einschlägigen Beihilferegulierung Beihilfen gewährt werden dürfen. In den beihilferelevanten ERP-/KfW-Produkten sind die förderfähigen Kosten so bestimmt, dass sie den EU-Beihilfevorschriften genügen. Daher entsprechen bspw. die im Rahmen eines beihilferelevanten ERP-/KfW-Kredits geförderten Investitionskosten den förderfähigen Investitionskosten im Sinne der EU-Beihilfevorschriften. In anderen beihilferechtlichen Regelungen, u. a. den Umweltschutzbeihilfen, sind die förderfähigen Investitionskosten teilweise durch die Investitionsmehrkosten definiert (siehe entsprechenden Abschnitt B.II zur Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO)).

Wie erfahre ich die beihilferechtliche Grundlage und Höhe der Beihilfe?

Das jeweilige Produktmerkblatt gibt an, auf welcher beihilferechtlichen Grundlage ein ERP-/KfW-Produkt angeboten wird. Sofern ein ERP-/KfW-Produkt Beihilfen enthält, werden der Beihilfenswert und die

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

Beihilfeintensität in der jeweiligen Kredit- oder Zuschusszusage (bei De-minimis-Beihilfen in einer separaten Anlage) ausgewiesen.

Um den Beihilfewert eines ERP-/KfW-Kredits bereits vor Antragstellung bei der KfW überschlägig berechnen zu können, steht ein Subventionswertrechner auf der Homepage der KfW (www.kfw.de) zur Verfügung. Beihilfewerte anderer Fördermittelgeber als der KfW werden in der Regel in der Zusage des jeweiligen Fördermittelgebers mitgeteilt und können bei Bedarf dort erfragt werden.

Was heißt Kumulierung von Beihilfen?

Jede EU-Beihilferegelung bestimmt eine prozentuale Obergrenze (maximale Beihilfeintensität) bzw. einen Beihilfehöchstbetrag, bis zu deren bzw. dessen Höhe Beihilfen für bestimmte förderfähige Kosten eines Vorhabens gewährt werden dürfen. Die maximale Beihilfeintensität bzw. der Beihilfehöchstbetrag ist unter anderem von der Art des Vorhabens, der Unternehmensgröße und/oder dem Investitionsort abhängig. Zur Förderung ein und desselben Vorhabens können Fördermittelgeber grundsätzlich auch mehrere Beihilfen vergeben. In diesen Fällen verlangt die EU-Kommission, alle Beihilfen, die für dasselbe Vorhaben gewährt werden, zu addieren (kumulieren).

Für die Kumulierung mehrerer Beihilfen nach der Allgemeine De-minimis-Verordnung gilt der in Art. 3 Abs. 2 festgelegte Höchstbetrag von 200.000 EUR für das laufende sowie die zwei vorangegangenen Kalenderjahre (zur Kumulierung mehrerer Beihilfen nach verschiedenen De-minimis-Verordnungen (siehe Abschnitt B.I De-minimis-Verordnungen).

Im Falle einer Kumulierung von Beihilfen auf der Grundlage der AGVO mit weiteren AGVO-Beihilfen bzw. mit anderen staatlichen Beihilfen der KfW oder anderer Beihilfegeber außerhalb der AGVO für dieselben förderfähigen Kosten gilt für alle Beihilfen die höchste nach der AGVO zulässige maximale Beihilfeintensität bzw. der nach der AGVO für diese Beihilfen zulässige Beihilfehöchstbetrag (Artikel 8 AGVO). Dabei sind für ein Vorhaben auch alle De-minimis-Beihilfen in voller Höhe auf die nach der jeweils geltenden Regelung maximale Beihilfeintensität anzurechnen.

Die KfW stellt für ihre ERP-/KfW-Förderprodukte sicher, dass für die von ihr vergebenen Produkte die jeweils gültige maximale Beihilfeintensität bzw. der jeweils gültige Beihilfehöchstbetrag nicht überschritten wird.

Kumulierungsprüfung

Falls der Antragsteller von mehreren Fördermittelgebern Beihilfen erhält, muss eine Kumulierungsprüfung vorgenommen werden. Diese Prüfung stellt sicher, dass die o. g. Beihilfeobergrenzen nicht überschritten werden. Die KfW unterstützt als Fördermittelgeberin den Antragsteller bei der erforderlichen Berechnung.

Dabei kann wie folgt vorgegangen werden:

1. Die KfW stellt dem Antragsteller im Internet einen Subventionswertrechner zur Verfügung. Damit kann das Unternehmen die Beihilfeintensität bzw. den Beihilfewert des gewünschten ERP-/KfW-Kredits vorab überschlägig berechnen. In der Zusage wird dem Antragsteller die genaue Beihilfeintensität und der Subventionswert (Beihilfewert) des gewährten ERP-/KfW-Produkts mitgeteilt.
2. Der Antragsteller addiert die Intensitäten aller Beihilfen bezogen auf dieselben förderfähigen Kosten, die er für ein Vorhaben erhalten hat, und überprüft, ob er für das Vorhaben die maximale Beihilfeintensität bzw. den Beihilfehöchstbetrag einhält.
3. Wird die maximale Beihilfeintensität bzw. der Beihilfehöchstbetrag eingehalten, kann das ERP-/KfW-Förderprodukt in geplanter Höhe beantragt werden.

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

4. Vor Abruf des zugesagten ERP-/KfW-Kredits reicht der Antragsteller bei seiner Hausbank eine schriftliche Erklärung ein, die besagt, dass entweder keine weiteren Beihilfen gewährt wurden oder dass bei einer Gewährung mehrerer Beihilfen für dasselbe Investitionsvorhaben die maximale Beihilfeintensität bzw. der Beihilfehöchstbetrag der Regelung mit der relevanten höchsten maximalen Beihilfeintensität bzw. dem höchsten Beihilfehöchstbetrag eingehalten wird (Kumulierungserklärung). Diese Erklärung nimmt die Hausbank zu ihren Akten. Bei Investitionszuschüssen ist diese Erklärung bei der KfW einzureichen, sofern eine Kumulierung im Programm nicht von vornherein ausgeschlossen ist.

Förderbeschränkungen für bestimmte Branchen

Aufgrund beihilferechtlicher Vorgaben sind Unternehmen in bestimmten Branchen, abhängig von der zugrunde liegenden EU-Beihilferegelung, von einer Förderung ausgeschlossen. Die jeweiligen Produktmerkmale informieren darüber, welche Beihilferegelung auf das ERP-/KfW-Produkt anwendbar ist und welche Unternehmen mit dem entsprechenden ERP-/KfW-Produkt nicht gefördert werden dürfen. In Förderprodukten, in denen sowohl beihilfefreie Konditionen als auch Beihilfen unter unterschiedlichen Beihilferegelungen angeboten werden, ist auf die jeweiligen Branchenausschlüsse der einschlägigen Beihilferegelung zu achten, die nachfolgend aufgeführt sind.

B. Relevante EU-Beihilferegelungen der KfW-Produkte

Im Folgenden sind die für die ERP-/KfW-Produkte relevanten EU-Beihilferegelungen mit den jeweils wesentlichen Bestimmungen dargestellt. Über die Darstellung in diesem Allgemeinen Merkblatt zu Beihilfen hinaus sind die Details zu den beihilferechtlichen Vorgaben den genannten EU-Beihilferegelungen und den Produkt-Merkblättern zu entnehmen.

B.I De-minimis-Verordnungen

Allgemeines

De-minimis-Beihilfen werden als so gering angesehen, dass ihre Auswirkungen auf den Wettbewerb in der EU nicht spürbar sind. Damit De-minimis-Beihilfen nicht dadurch, dass ein Unternehmen mehrere De-minimis-Beihilfen erhält, dennoch zu einer Wettbewerbsverzerrung führen, ist der Beihilfewert aller für ein Unternehmen zulässigen De-minimis-Beihilfen beschränkt (siehe unten: Höchstbetrag, De-minimis-Beihilfen bei Unternehmensverbänden und Kumulierung von De-minimis-Beihilfen).

De-minimis-Verordnungen

De-minimis-Beihilfen können auf der Grundlage von vier verschiedenen De-minimis-Verordnungen gewährt werden:

- Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (EU-ABl. L 352 vom 24. Dezember 2013) in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2020/972 vom 2. Juli 2020 (EU-ABl. L 215/3 vom 7. Juli 2020) – im Folgenden Allgemeine De-minimis-Beihilfen genannt,
- Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

Beihilfen im Agrarsektor (EU-ABI. L 352/9 vom 24. Dezember 2013) in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2019/316 vom 21. Februar 2019 (EU-ABI. L 511/1 vom 22. Februar 2019) – im Folgenden Agrar-De-minimis-Beihilfen genannt,

- Verordnung (EG) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (EU-ABI. L 190/45 vom 28. Juni 2014) in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2023/2391 vom 4. Oktober 2023 (EU-ABI. L 2023/2391 vom 5. Oktober 2023) – im Folgenden Fisch-De-minimis-Beihilfen genannt und
- Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen (EU-ABI. L 114/8 vom 26. April 2012) in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2020/1474 vom 13. Oktober 2020 (EU-ABI. L 337/1 vom 14. Oktober 2020) – im Folgenden DAWI-De-minimis-Beihilfen genannt.

Die KfW gewährt De-minimis-Beihilfen nur auf Basis der Allgemeine De-minimis-Verordnung.

Höchstbetrag für Allgemeine De-minimis-Beihilfen

Die an „ein einziges Unternehmen“ (zur Definition siehe Abschnitt „De-minimis-Beihilfen bei Unternehmensverbänden“) ausgereichten De-minimis-Beihilfen dürfen im laufenden sowie in den beiden vorangegangenen Kalenderjahren den Höchstbetrag von 200.000 Euro nicht übersteigen. Liegt die Gewährung von De-minimis-Beihilfen länger zurück, sind diese nicht mehr zu berücksichtigen.

Für Unternehmen des gewerblichen Straßengüterverkehrs gilt ein reduzierter Höchstbetrag von 100.000 Euro. Der reduzierte Höchstbetrag gilt jedoch nur für ein einzelnes Straßengüterverkehrsunternehmen bzw. für mehrere miteinander verbundene Straßengüterverkehrsunternehmen. Soweit dem Unternehmensverbund weitere Unternehmen angehören, die nicht dem Straßengüterverkehr zuzurechnen sind, so gilt für diese Unternehmen zusammen der reguläre Höchstbetrag von 200.000 Euro. Darauf sind allerdings De-minimis-Beihilfen, die Straßengüterverkehrsunternehmen im Verbund erhalten haben, anzurechnen (siehe dazu Abschnitt „De-minimis-Beihilfen bei Unternehmensverbänden“).

Die Erbringung einer umfassenden Dienstleistung, bei der die Beförderung nur ein Bestandteil ist, wie beispielsweise bei Umzugsdiensten, Post- und Kurierdiensten oder Abfallsammlungs- und -behandlungsdiensten, wird nicht als gewerblicher Straßengüterverkehr im Sinne der Allgemeine De-minimis-Verordnung angesehen, so dass der reguläre Höchstbetrag von 200.000 Euro gilt.

De-minimis-Beihilfen bei Unternehmensverbänden

Im Rahmen der Allgemeine De-minimis-Verordnung ist nicht nur das einzelne Unternehmen, sondern – sofern ein Unternehmensverbund vorliegt – der gesamte Verbund in die Betrachtung einzubeziehen. Die EU-Kommission definiert für die Zwecke der Allgemeine De-minimis-Verordnung einen Unternehmensverbund als "ein einziges Unternehmen". Als ein einziges Unternehmen sind demnach diejenigen Unternehmen zu betrachten, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuberaufen,
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als "ein einziges Unternehmen" betrachtet.

Unternehmen, die über eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen miteinander verbunden sind, werden dagegen nicht als „ein einziges Unternehmen“ betrachtet. Erfolgt die Antragstellung über eine natürliche Person (z. B. Unternehmensgründer), ist bei den Angaben auf das begünstigte Unternehmen (z. B. das gegründete Unternehmen) abzustellen.

Regelungen bei Fusionen, Übernahmen, Aufspaltungen

Im Falle einer Fusion oder Übernahme müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen zuvor gewährt wurden, herangezogen werden, um zu ermitteln, ob eine neue De-minimis-Beihilfe für das neue bzw. das übernehmende Unternehmen zu einer Überschreitung des einschlägigen Höchstbetrags führt.

Im Falle von Unternehmensaufspaltungen müssen die De-minimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet werden, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet worden sind. Ist dies nicht möglich, ist eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung durchzuführen.

Die Rechtmäßigkeit von De-minimis-Beihilfen, die vor der Fusion, Übernahme oder Aufspaltung gewährt wurden, wird nicht in Frage gestellt.

Kumulierung von Allgemeine De-minimis-Beihilfen mit anderen Arten von De-minimis-Beihilfen

Des Weiteren sind im Rahmen der Kumulierung Agrar-De-minimis-Beihilfen, Fisch-De-minimis-Beihilfen und DAWI-De-minimis-Beihilfen zu berücksichtigen, sofern der Antragsteller solche erhalten hat.

Für Agrar-De-minimis-Beihilfen und Fisch-De-minimis-Beihilfen gelten eigene Höchstwerte, welche unter dem Höchstwert für Allgemeine De-minimis-Beihilfen liegen. Innerhalb des relevanten Zeitraums erhaltene Agrar-De-minimis-Beihilfen und Fisch-De-minimis-Beihilfen werden auf den Allgemeine De-minimis-Höchstbetrag von 200.000 Euro (bzw. 100.000 Euro für Unternehmen des gewerblichen Straßengüterverkehrs) angerechnet.

Der Höchstbetrag von DAWI-De-minimis-Beihilfen beträgt 500.000 Euro innerhalb des laufenden und der zurückliegenden zwei Kalenderjahre. Der Allgemeine De-minimis-Höchstbetrag und der DAWI-De-minimis-Höchstbetrag dürfen nicht addiert werden. Der Beihilfewert aller für ein Unternehmen zulässigen Allgemeine De-minimis-Beihilfen (Höchstbetrag 200.000 Euro) und DAWI-De-minimis-Beihilfen ist in der Summe auf 500.000 Euro innerhalb des laufenden und der zurückliegenden zwei Kalenderjahre begrenzt (Höchstbetrag).

DAWI-De-minimis-Beihilfen, die der Beihilfenehmer innerhalb des laufenden und der zurückliegenden zwei Kalenderjahre erhalten hat und die über den Betrag von 300.000 Euro hinausgehen, reduzieren somit den verbleibenden Allgemeine De-minimis-Höchstbetrag.

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

Förderausschlüsse

Folgende Unternehmen sind von einer Förderung unter der Allgemeine De-minimis-Verordnung ausgeschlossen:

- Unternehmen, soweit sie in der Primärerzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätig sind,
- Unternehmen, soweit sie in der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätig sind, wenn sich der Beihilfebetrug nach dem Preis oder der Menge der bei Primärerzeugern erworbenen oder von den betreffenden Unternehmen vermarkteten Erzeugnissen richtet oder wenn die Beihilfe davon abhängt, dass sie ganz oder teilweise an die Primärerzeuger weitergegeben wird,
- Unternehmen, soweit sie in der Fischerei und der Aquakultur tätig sind,
- Unternehmen des gewerblichen Straßengüterverkehrs bei Erwerb von Fahrzeugen für den Straßengüterverkehr,
- Unternehmen, die exportbezogene Tätigkeiten ausführen, die auf EU-Mitgliedstaaten oder Drittländer ausgerichtet sind, wenn die Beihilfe unmittelbar mit den ausgeführten Mengen, mit der Errichtung und dem Betrieb eines Vertriebsnetzes oder mit anderen laufenden exportbezogenen Ausgaben in Zusammenhang steht.

De-minimis-Erklärung des Antragstellers

Um die Einhaltung des De-minimis-Höchstbetrags sicher zu stellen, ist vom Antragsteller bei Antragstellung eine so genannte De-minimis-Erklärung (Formularnummer 600 000 0075) abzugeben, in der dieser der KfW mitteilt, welche De-minimis-Beihilfen er und die mit ihm relevant verbundenen Unternehmen („ein einziges Unternehmen“, siehe oben) innerhalb des laufenden und der zurückliegenden zwei Kalenderjahre bereits erhalten haben.

Anhand dieser Informationen prüft die KfW, ob unter Berücksichtigung der durch den ERP-/KfW-Kredit bzw. den Zuschuss gewährten De-minimis-Beihilfe der Allgemeine De-minimis-Höchstbetrag von 200.000 Euro (bzw. 100.000 Euro) eingehalten wird. Sollte der errechnete Beihilfewert für die beantragte Kreditsumme bzw. den beantragten Zuschuss zu einer Überschreitung des De-minimis-Höchstbetrags führen, verringert die KfW die Kreditsumme bzw. den Zuschuss entsprechend.

De-minimis-Bescheinigung

In einer separaten Anlage zur Zusage wird dem Antragsteller u. a. mitgeteilt, wie hoch der auf den ERP-/KfW-Kredit bzw. den Zuschuss entfallende Beihilfewert sowie die Beihilfeintensität des geförderten Vorhabens sind (De-minimis-Bescheinigung). Dies erleichtert die Kumulierungsprüfung, wenn neben De-minimis-Beihilfen für dasselbe Vorhaben weitere Beihilfen gewährt werden (siehe oben).

Die De-minimis-Bescheinigung muss mindestens 10 Jahre aufbewahrt werden, damit sie bei einer eventuellen Anfrage, zum Beispiel der EU-Kommission, vorgelegt werden kann. Soweit die Bescheinigung innerhalb einer gesetzten Frist auf Verlangen nicht vorgelegt werden kann, können die Bewilligungs- bzw. Zusagevoraussetzungen entfallen und die erhaltenen Beihilfen zuzüglich Zinsen zurückgefordert werden.

B.II Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO)

Die Voraussetzungen für die Gewährung von Beihilfen für bestimmte staatliche, von der Anmeldungs- und Genehmigungspflicht freigestellte Maßnahmen sind in der Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (EU-ABI. L 187/1 vom 26. Juni 2014) in der Fassung der Verordnung (EU) Nr. 2023/1315 vom 23. Juni 2023 (EU-ABI. L 167/1 vom 30. Juni 2023) geregelt – im Folgenden Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) genannt.

B.II.1 Allgemeine Bestimmungen der AGVO

Anwendungsbereich

Die AGVO findet grundsätzlich auf die Förderung eines breiten Spektrums von Tätigkeitsfeldern Anwendung. Zu nennen sind hier insbesondere die Regelungen zu Regionalbeihilfen, Beihilfen für kleine und mittlere Unternehmen, Risikofinanzierungsbeihilfen, Umweltschutzbeihilfen sowie Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation. Zum gesamten Anwendungsbereich siehe Artikel 1 AGVO.

Förderausschlüsse (Artikel 1 Abs. 2 - 5 AGVO)

Die AGVO enthält Förderausschlüsse für bestimmte Fälle. Im Folgenden sind die wesentlichen allgemeinen und sektorspezifischen Förderausschlüsse dargestellt, die grundsätzlich für alle Beihilfearten der AGVO gelten.

Allgemeine Förderausschlüsse

Die AGVO gilt nicht für

- Beihilferegulungen, in denen nicht ausdrücklich festgelegt ist, dass einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, keine Einzelbeihilfen gewährt werden dürfen, ausgenommen Beihilferegulungen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen,
- Unternehmen, die exportbezogene Tätigkeiten ausführen, die auf EU-Mitgliedstaaten oder Drittländer ausgerichtet sind, wenn die Beihilfe unmittelbar mit den ausgeführten Mengen, mit der Errichtung und dem Betrieb eines Vertriebsnetzes oder mit anderen laufenden exportbezogenen Ausgaben in Zusammenhang steht,
- Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Ziffer 18 AGVO (siehe hierzu unten Ziffer (C) Unternehmen in Schwierigkeiten), ausgenommen im Falle von Beihilferegulungen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen),
- Beihilfemaßnahmen, die gegen Regelungen des Gemeinschaftsrechts verstoßen.

Sektorspezifische Förderausschlüsse

Die AGVO gilt nicht für

- Unternehmen, soweit sie in der Primärerzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätig sind (ausgenommen Umweltschutzbeihilfen und KMU-Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten),
- Unternehmen, soweit sie in der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätig sind, wenn sich der Beihilfebetrug nach dem Preis oder der Menge der bei Primärerzeugern erworbenen oder von den betreffenden Unternehmen vermarkteten Erzeugnissen richtet oder wenn die Beihilfe davon abhängt, dass sie ganz oder teilweise an die Primärerzeuger weitergegeben wird,
- Unternehmen, soweit sie in der Fischerei und der Aquakultur tätig sind,

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

- Unternehmen des Steinkohlebergbaus, soweit sie Maßnahmen zur Stilllegung nicht wettbewerbsfähiger Steinkohlebergwerke im Sinne des Beschlusses 2010/787/EU des Rates durchführen.

Anmeldeschwellen (Artikel 4 AGVO)

Für AGVO-Beihilfen gelten je nach Förderbereich unterschiedliche Anmeldeschwellen. Einzelbeihilfen, die pro Unternehmen oberhalb der Anmeldeschwellen liegen, können nicht durch die AGVO freigestellt werden, sondern müssen zur Genehmigung bei der EU-Kommission notifiziert werden. Die KfW vergibt Einzelbeihilfen grundsätzlich nur bis zu der maximal möglichen Anmeldeschwelle. Diese Schwellenwerte dürfen nicht durch eine künstliche Aufspaltung des Fördervorhabens umgangen werden. Zu den jeweils geltenden Anmeldeschwellen siehe die unten dargestellten Ausführungen zu den einzelnen Beihilfearten.

Anreizeffekt (Artikel 6 AGVO)

Unter der AGVO dürfen nur Beihilfen vergeben werden, die einen Anreizeffekt haben.

- Ein Anreizeffekt liegt bei Beihilfen (z. B. programmbezogene Einzelzusagen) dann vor, wenn der Beihilfeempfänger einen schriftlichen Antrag vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben gestellt hat. Im Regelfall ist dies der Kreditantrag. Sofern mit der Vorhabensdurchführung vor der förmlichen Stellung des Kreditantrages bei der KfW begonnen werden soll, ist im Fall beihilfebehafteter Kredite vom Finanzierungspartner der KfW zu bestätigen, dass ein schriftlicher Beihilfeantrag vorliegt. Bei Investitionszuschüssen, die direkt bei der KfW beantragt werden müssen, ist der schriftliche Beihilfeantrag bei der KfW zu stellen. Unter „Beginn der Arbeiten für das Vorhaben“ ist entweder der Beginn von Bauarbeiten oder die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht, zu verstehen; maßgeblich ist der früheste dieser Zeitpunkte. Der Kauf von Grundstücken und Vorbereitungen wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten.
- Der Antrag muss die folgenden Angaben enthalten:
 - Name und Größe des Unternehmens,
 - Beschreibung des Vorhabens mit Angabe des Beginns und des (voraussichtlichen) Abschlusses,
 - Standort des Vorhabens (Investitionsort),
 - Kosten des Vorhabens,
 - Art der Beihilfe (Zuschuss, Kredit, Mezzanine, Nachrang, Kapitalbeteiligung, Garantie, Bürgschaft),
 - Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung.

Im Rahmen des Antragsverfahrens sind die vorstehend beschriebenen Angaben zum Anreizeffekt verpflichtend zu machen. Regulär werden diese Angaben mit Stellung des Kreditantrages bei der KfW gemacht. Wenn der Vorhabensbeginn vor der Stellung des Kreditantrages bei der KfW liegt und das Beihilferegime AGVO ausgewählt wurde, ist vom Antragsteller (und ggf. dem Unternehmen) ein schriftlicher Beihilfeantrag (Formularnummer 600 000 3370) vor dem Vorhabensbeginn vollständig ausgefüllt an den Finanzierungspartner zu übermitteln.

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

Berechnung von Beihilfeintensität und beihilfefähigen Kosten (Artikel 7 AGVO)

Für die Berechnung der Beihilfeintensität und der beihilfefähigen Kosten werden die Beträge vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben herangezogen. Die beihilfefähigen Kosten sind durch schriftliche Unterlagen zu belegen, die klar, spezifisch und aktuell sein müssen. Welche Kosten als beihilfefähige Kosten angesetzt werden können und welche maximale Beihilfeintensität gilt, ist abhängig davon, welche AGVO-Regelung in Anspruch genommen wird. Informationen zu den beihilfefähigen Kosten und den relevanten Beihilfeintensitäten können Sie den nachfolgenden Ausführungen zu den für die ERP-/KfW-Produkte relevanten Beihilfetatbeständen der AGVO entnehmen.

Veröffentlichungs- und Informationspflichten des Mitgliedstaats (Artikel 9 AGVO)

Fördermittelgeber in der EU sind seit dem 01.07.2016 verpflichtet, auf einer internetbasierten Seite Informationen über jede individuelle Einzelbeihilfe größer 500.000 Euro bereitzustellen. Dieser Schwellenwert wurde mit der aktuell geltenden AGVO auf 100.000 Euro herabgesetzt. Zu veröffentlichen sind insbesondere der Name des Empfängers der Beihilfe, die Art des Unternehmens (kleines, mittleres oder großes Unternehmen), die Region des Standorts des Beihilfeempfängers, Beihilfebetrag und Beihilfeinstrument. Eine abschließende Aufzählung aller zu veröffentlichenden Angaben enthält Anhang III der AGVO. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf die durch die KfW gewährten Beihilfen.

B.II.2 Besondere Bestimmungen für einzelne Beihilfearten der AGVO

Die für die ERP-/KfW-Produkte relevanten Beihilfetatbestände der AGVO und deren wesentliche Voraussetzungen sind in den folgenden Unterkapiteln dargestellt. Die relevante AGVO-Rechtsgrundlage mit Angabe der einschlägigen Artikel ist in den jeweiligen ERP-/KfW-Produktmerkblättern im Einzelnen genannt.

1. Beihilfen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Investitionsbeihilfen für KMU (Artikel 17 AGVO)

Investitionsbeihilfen für in oder außerhalb der EU tätige kleine und mittlere Unternehmen kommen in Betracht, wenn diese die von der EU vorgegebenen Größenkriterien für KMU nicht überschreiten (siehe hierzu Merkblatt zur KMU-Definition der Kommission, Bestellnummer 600 000 0196).

Beihilfefähige Kosten

- Kosten einer Investition in materielle und/oder immaterielle Vermögenswerte zur Errichtung einer neuen Betriebsstätte, zum Ausbau einer bestehenden Betriebsstätte, zur Diversifizierung der Produktion einer Betriebsstätte im Hinblick auf zuvor dort nicht hergestellte Produkte oder erbrachte Dienstleistungen, oder zur grundlegenden Änderung des gesamten Prozesses zur Herstellung der Produkte oder Erbringung der Dienstleistungen, die von der Investition in die Betriebsstätte betroffen sind.
- Immaterielle Vermögenswerte (zum Beispiel Erwerb von Patentrechten, Lizenzen, Knowhow oder nicht patentiertem Fachwissen) sind nur dann förderfähig, wenn sie ausschließlich in der Betriebsstätte genutzt werden, die die Beihilfe erhält, wenn sie abschreibungsfähig sind, wenn sie von Dritten, die in keiner Beziehung zum Käufer stehen, zu Marktbedingungen erworben werden, mindestens 3 Jahre auf der Aktivseite des Unternehmens, das die Beihilfe erhält, bilanziert werden und mindestens drei Jahre mit dem Vorhaben, für das die Beihilfe gewährt wurde, verbunden bleiben.

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

- Der Erwerb von Vermögenswerten einer Betriebsstätte ist nur dann förderfähig, wenn die Vermögenswerte von Dritten, die in keiner Beziehung zum Käufer stehen, zu Marktbedingungen erworben werden und der Betrieb ohne den Erwerb geschlossen wurde bzw. geschlossen worden wäre. Die Vermögenswerte einer Betriebsstätte können von Familienmitgliedern beziehungsweise Beschäftigten des ehemaligen Eigentümers erworben werden, sofern das Unternehmen ein kleines Unternehmen i. S. d. KMU-Definition der EU-Kommission ist (in diesem Fall entfällt die Voraussetzung, dass die Vermögenswerte von Dritten, die in keiner Beziehung zum Käufer stehen, erworben werden müssen).
- Die alleinige Übernahme von Unternehmensanteilen, Beteiligungen ist nicht förderfähig. Ebenso sind Ersatzinvestitionen, Betriebsmittel und Warenlager nicht über Artikel 17 AGVO förderfähig.

Maximale Beihilfeintensitäten

- Kleines Unternehmen (KU): 20 %
- Mittleres Unternehmen (MU): 10 %

Anmeldeschwelle von Einzelbeihilfen:

Ab einem Beihilfebetrug von 8,25 Mio. Euro pro Unternehmen und Investitionsvorhaben

2. Umweltschutzbeihilfen (Artikel 36 bis 49 AGVO)

Förderzwecke

Umweltschutzbeihilfen sind unter der AGVO nach den Artikeln 36 bis 49 zulässig. In den folgenden Abschnitten sind die Artikel der AGVO näher beschrieben, auf deren Grundlage die Umweltprogramme der KfW durchgeführt werden. Welche Artikel der AGVO zu Umweltschutzbeihilfen für die einzelnen ERP-/KfW-Förderprodukte einschlägig sind, enthält das jeweilige Produktmerkblatt.

Beihilfefähige Kosten

Die Umweltschutzbeihilfen auf Basis der AGVO sehen verschiedene Möglichkeiten der Ermittlung der beihilfefähigen Kosten vor. Es besteht u.a. die Möglichkeit, bei der Installation von Zusatzkomponenten für bestehende Anlagen die gesamten Investitionskosten, die in direktem Zusammenhang mit der Umweltschutz- oder Energieeffizienzmaßnahme stehen, als beihilfefähige Kosten anzusetzen. Weiterhin besteht die Möglichkeit, die gesamten Investitionskosten in Ansatz zu bringen. In diesem Fall sind die Beihilfehöchstintensitäten und Aufschläge, die in direktem Zusammenhang mit der Umweltschutz- oder Energieeffizienzmaßnahme stehen, um 50 % verringert. Daneben können die beihilfefähigen Kosten von Umweltschutzbeihilfen nach der AGVO anhand eines Kostenvergleichs zwischen einer umweltfreundlichen und einer ähnlichen, weniger umweltfreundlichen Investition, die ohne Beihilfe durchaus hätte durchgeführt werden können und die dem Stand der Technik entspricht, ermittelt werden. Die Differenz zwischen den Kosten dieser beiden Investitionen sind die sog. umweltschutzbezogenen Kosten und damit die beihilfefähigen Investitionsmehrkosten. Nicht direkt mit der Verbesserung des Umweltschutzes zusammenhängende Kosten sind nicht beihilfefähig. Die Investitionsmehrkosten sind vom geförderten Unternehmen im Rahmen der Antragstellung gesondert durch klare, spezifische und aktuelle schriftliche Unterlagen zu belegen und zu dokumentieren. Von der Möglichkeit, die beihilfefähigen Kosten im Wege einer wettbewerblichen Ausschreibung zu ermitteln, macht die KfW in ihrem Förderangebot keinen Gebrauch.

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

Maximale Beihilfeintensitäten und Anmelde-schwellen von Einzelbeihilfen

Die AGVO gibt bei Umweltschutzbeihilfen grundsätzlich in Abhängigkeit von dem Förderzweck und der Unternehmensgröße die maximale Beihilfeintensität für die Förderung der ermittelten Investitions- bzw. Investitionsmehrkosten vor. Hinsichtlich der Unternehmensgröße wird nach großen Unternehmen (GU), mittleren Unternehmen (MU) und kleinen Unternehmen (KU) im Sinne der EU-KMU-Definition unterschieden. Die Beihilfeintensität wird ermittelt, indem der Beihilfebtrag ins Verhältnis zu den Investitions- bzw. Investitionsmehrkosten gesetzt wird.

Investitionsbeihilfen, deren Beihilfebtrag bestimmte Höchstwerte pro Unternehmen und Investitionsvorhaben übersteigt, müssen bei der EU-Kommission einzeln angemeldet werden und sind somit nicht nach der AGVO freigestellt. Diese Schwellenwerte dürfen nicht durch eine künstliche Aufspaltung der Beihilfe oder der Fördervorhaben umgangen werden.

Die folgende Tabelle enthält für die in den ERP-/KfW-Förderprodukten verwendeten Artikel der AGVO sowohl die maximalen Beihilfeintensitäten in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße als auch die Höhe der Anmelde-schwellen von Einzelbeihilfen:

Förderzweck	KfW-Komponente	Max. Beihilfeintensität: Unternehmensgröße			Anmelde-schwelle
		groß (GU)	mittel (MU)	klein (KU)	
Artikel 36: Umweltschutz einschließlich Dekarbonisierung					
Umweltschutz: Investitionsmehrkosten	3	40 %	50 %	60 %	30 Mio. Euro
Investitionen in die Abscheidung/den Transport von CO ₂ : Investitionsmehrkosten	3	30 %	40 %	50 %	30 Mio. Euro
Umweltschutz: Investitionskosten	3	20 %	25 %	30 %	30 Mio. Euro
Investitionen in die Abscheidung/den Transport von CO ₂ : Investitionskosten	3	15 %	20 %	25 %	30 Mio. Euro
Artikel 36a: Lade- oder Tankinfrastruktur					
Lade- oder Tankinfrastruktur	17	20 %	40 %	50 %	30 Mio. Euro
Artikel 36b: Erwerb sauberer oder emissionsfreier Fahrzeuge und die Nachrüstung von Fahrzeugen					
Erwerb emissionsfreier Fahrzeuge	18	30 %	50 %	60 %	30 Mio. Euro
Erwerb sauberer Fahrzeuge	18	20 %	40 %	50 %	30 Mio. Euro
Artikel 38: Energieeffizienzmaßnahmen (nicht gebäudebezogen)					
Investitionsmehrkosten	4	30 %	40 %	50 %	30 Mio. Euro
Investitionskosten	4	15 %	20 %	25 %	30 Mio. Euro
Artikel 41: Erneuerbare Energien					
gesamte Investitionskosten gemäß Abs. 8	5	15 %	20 %	25 %	30 Mio. Euro
Erneuerbare Energien, erneuerbarer Wasserstoff und hocheffiziente KWK	5	30 %	40 %	50 %	30 Mio. Euro
Erneuerbare Energien einschließlich Wärmepumpen, die die Anforderungen des Anhangs VII der Richtlinie 2018/2001 erfüllen, erneuerbarer Wasserstoff und hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung auf der Grundlage erneuerbarer Energien	5	45 %	55 %	65 %	30 Mio. Euro

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

Artikel 45: Sanierung von Umweltschäden, Rehabilitation natürlicher Lebensräume und Ökosysteme, Schutz bzw. Wiederherstellung der Biodiversität oder Umsetzung naturbasierter Lösungen für die Anpassung an den Klimawandel und den Klimaschutz					
Sanierung von Umweltschäden	9	100 %			30 Mio. Euro
Biodiversität	9	70 %	80 %	90 %	30 Mio. Euro
Artikel 46: Energieeffiziente Fernwärme und/oder Fernkälte					
Energieeffiziente Fernwärme und/oder Fernkälte	11	30 %	40 %	50 %	50 Mio. Euro
Investitionen unter ausschließlicher Nutzung erneuerbarer Energiequellen, Abwärme oder einer Kombination aus beiden, einschließlich Kraft-Wärme-Kopplung aus erneuerbaren Quellen	11	45 %	55 %	65 %	50 Mio. Euro
Artikel 47: Ressourceneffizienz und Unterstützung des Übergangs zu einer Kreislaufwirtschaft					
Ressourceneffizienz/Recycling von Abfall	10	40 %	50 %	60 %	30 Mio. Euro

2.1 Investitionsbeihilfen für den Umweltschutz einschließlich Dekarbonisierung (Artikel 36 AGVO, KfW-Komponente 3)

Förderzweck

Nach Artikel 36 AGVO sind Investitionen förderfähig, die Unternehmen in die Lage versetzen, über die Unionsnormen für den Umweltschutz hinauszugehen oder bei Fehlen solcher Normen den Umweltschutz zu verbessern.

Sofern es für einzelne Umweltschutzmaßnahmen speziellere Beihilferegulungen gibt (z. B. Investitionen in erneuerbare Energien), ist jeweils die speziellere Beihilferegulung anzuwenden.

Die Investition muss eine der beiden nachstehenden Voraussetzungen erfüllen:

- Sie ermöglicht dem Beihilfeempfänger, unabhängig von verbindlichen nationalen Normen, die strenger als die Unionsnormen sind, im Rahmen seiner Tätigkeit über die geltenden Unionsnormen hinauszugehen und dadurch den Umweltschutz zu verbessern.
- Sie ermöglicht dem Beihilfeempfänger, im Rahmen seiner Tätigkeit den Umweltschutz zu verbessern, ohne hierzu durch entsprechende Unionsnormen verpflichtet zu sein.
- Sie ermöglicht die Durchführung eines Vorhabens, das dazu führt, dass im Rahmen der Tätigkeiten des Beihilfeempfängers der Umweltschutz über angenommene, aber noch nicht in Kraft getretene Unionsnormen hinaus verbessert wird.

Für Investitionen, die sicherstellen sollen, dass Unternehmen bereits angenommene, aber noch nicht in Kraft getretene Unionsnormen erfüllen, dürfen grundsätzlich keine Beihilfen gewährt werden.

Förderfähig sind ferner Investitionen in Ausrüstung und Maschinen, die Wasserstoff nutzen, und Investitionen in die Infrastruktur für den Wasserstofftransport, soweit der genutzte bzw. transportierte Wasserstoff als erneuerbarer Wasserstoff einzustufen ist. Zudem können Investitionen in Ausrüstung und Maschinen, die aus Wasserstoff gewonnene Brennstoffe nutzen, deren Energiegehalt aus erneuerbaren Energiequellen – mit Ausnahme von Biomasse – stammt, gefördert werden.

Investitionen in die Abscheidung und den Transport von CO₂ müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

- a) Abscheidung und/oder Transport von CO₂, einschließlich einzelner Elemente der CCS- oder CCU-Kette, werden in eine vollständige CCS- und/oder CCU-Kette integriert.
- b) Der Kapitalwert (net present value – NPV) des Investitionsvorhabens ist während seiner Lebensdauer negativ. Bei der Berechnung des NPV des Vorhabens werden die vermiedenen Kosten der CO₂-Emissionen berücksichtigt.

Beihilfefähige Kosten

Beihilfefähig sind die Kosten, die erforderlich sind, um über das in den Unionsnormen vorgeschriebene Umweltschutzniveau hinauszugehen oder bei Fehlen solcher Normen den Umweltschutz zu verbessern. Die beihilfefähigen Kosten werden wie folgt ermittelt:

- a) Wenn es sich bei der durch die Beihilfe geförderten Investition um die Installation einer Zusatzkomponente für eine bereits bestehende Anlage handelt und es keine weniger umweltfreundliche kontrafaktische Investition gibt, so sind die gesamten Investitionskosten beihilfefähig;
- b) in allen anderen Fällen werden die Kosten einer Investition in den Umweltschutz anhand eines Vergleichs mit einer ähnlichen, weniger umweltfreundlichen Investition, die ohne Beihilfe durchaus hätte durchgeführt werden können, ermittelt. Die Differenz zwischen den Kosten dieser beiden Investitionen sind die umweltschutzbezogenen Kosten und somit beihilfefähigen Kosten;
- c) Abweichend zu der in lit. b) beschriebenen Ermittlung der förderfähigen Kosten können die gesamten Investitionskosten in Ansatz gebracht werden, die in direktem Zusammenhang mit dem verbesserten Umweltschutz stehen, allerdings sind die Beihilfeintensitäten und Aufschläge um 50 % verringert.

Für Investitionen in die Abscheidung/den Transport von CO gilt:

Beihilfefähig sind ausschließlich die Investitionsmehrkosten, die sich aus der Abscheidung von CO₂ aus einer CO₂ emittierenden Anlage (Industrieanlage oder Kraftwerk) oder direkt aus der Umgebungsluft sowie aus der Pufferspeicherung und dem Transport abgeschiedener CO₂-Emissionen ergeben.

Nicht von der KfW angeboten wird die Ermittlung der beihilfefähigen Kosten im Rahmen einer wettbewerblichen Ausschreibung bzw. als Differenz zwischen den Investitionskosten, die in direktem Zusammenhang mit der Verbesserung des Umweltschutzes stehen, und dem Betriebsgewinn der Investition.

Nicht direkt mit der Verbesserung des Umweltschutzes zusammenhängende Kosten sind nicht beihilfefähig.

2.2 Investitionsbeihilfen für Lade- oder Tankinfrastruktur (Artikel 36a AGVO, Komponente 17)

Förderzweck

Nach Artikel 36a AGVO sind die Kosten für den Bau und die Installation sowie die Kosten für die Modernisierung oder die Erweiterung von Lade- oder Tankinfrastruktur beihilfefähig. Die KfW gewährt das Förderangebot für Lade- und Tankinfrastruktur unter Artikel 36a AGVO lediglich in der nicht öffentlich zugänglichen Variante.

Beihilfefähige Kosten

Beihilfefähig sind die gesamten Investitionskosten.

Von der Möglichkeit der wettbewerblichen Ausschreibung macht die KfW keinen Gebrauch.

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

2.3 Investitionsbeihilfen für den Erwerb sauberer oder emissionsfreier Fahrzeuge und die Nachrüstung von Fahrzeugen (Artikel 36b AGVO, Komponente 18)

Förderzweck

Gemäß Artikel 36b AGVO ist der Erwerb sauberer oder emissionsfreier Fahrzeuge für Straßen-, Schienen-, Binnenschiffs- und Seeverkehr sowie für die Nachrüstung von Fahrzeugen (mit Ausnahme von Luftfahrzeugen), damit diese als saubere oder emissionsfreie Fahrzeuge eingestuft werden können, förderfähig.

Beihilfefähige Kosten

Beihilfefähig sind

- a) die Investitionsmehrkosten für den Erwerb sauberer oder emissionsfreier Fahrzeuge. Diese Mehrkosten entsprechen der Differenz zwischen den Investitionskosten für den Erwerb des sauberen oder emissionsfreien Fahrzeugs und den Investitionskosten für den Erwerb eines den bereits geltenden einschlägigen Unionsnormen entsprechenden Fahrzeugs derselben Klasse, das ohne die Beihilfe erworben worden wäre;
- b) die Investitionskosten in die Nachrüstung, damit die Fahrzeuge als sauber oder emissionsfreie Fahrzeuge eingestuft werden können.

Von der Möglichkeit wettbewerbliche Ausschreibungen vorzunehmen oder höhere Beihilfeintensitäten im Rahmen von Ausschreibungen öffentlicher Dienstleistungsaufträge anzubieten, macht die KfW keinen Gebrauch.

2.4 Investitionsbeihilfen für nicht gebäudebezogene Energieeffizienzmaßnahmen (Artikel 38 AGVO, KfW-Komponente 4)

Förderzweck

Investitionsbeihilfen, die Unternehmen Energieeffizienzgewinne ermöglichen, sind nach Artikel 38 AGVO förderfähig. Für Investitionen, die sicherstellen sollen, dass angenommene und in Kraft getretene Unionsnormen eingehalten werden, werden keine Beihilfen nach Artikel 38 AGVO gewährt. Beihilfen nach diesem Artikel können für Investitionen gewährt werden, die auf die Einhaltung von angenommenen, aber noch nicht in Kraft getretenen Unionsnormen abzielen, sofern die Investition spätestens 18 Monate vor Inkrafttreten der Norm durchgeführt und abgeschlossen wird.

Beihilfefähige Kosten

Beihilfefähig sind die Kosten, die für die Verbesserung der Energieeffizienz erforderlich sind. Die beihilfefähigen Kosten werden wie folgt ermittelt:

- a) Handelt es sich bei Investition um eine eindeutig bestimmbare Investition, die ausschließlich auf die Verbesserung der Energieeffizienz abzielt und zu der es keine weniger energieeffiziente kontrafaktische Investition gibt, so sind die gesamten Investitionskosten beihilfefähig;
- b) Beihilfefähig sind die Investitionsmehrkosten, die für die Verbesserung der Energieeffizienz erforderlich im Vergleich zu einer weniger energieeffizienten Investition, die der üblichen Geschäftspraxis in dem betreffenden Wirtschaftszweig oder für die betreffende Tätigkeit entspricht. Die beihilfefähigen Kosten ergeben sich aus der Differenz zwischen den Kosten der durch die Beihilfe geförderten Investition und den Kosten der weniger energieeffizienten Investition;

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

- c) Abweichend zu der unter lit. b) beschriebenen Kostenermittlung können die gesamten Investitionskosten in Ansatz gebracht werden, die in direktem Zusammenhang mit dem verbesserten Umweltschutz stehen, allerdings sind die Beihilfeintensitäten und Aufschläge um 50 % verringert.

Von der Möglichkeit der wettbewerblichen Ausschreibung macht die KfW keinen Gebrauch.

Nicht direkt mit der Verbesserung der Energieeffizienz zusammenhängende Kosten sind nicht beihilfefähig.

2.5 Investitionsbeihilfen zur Förderung erneuerbarer Energien, von erneuerbarem Wasserstoff und von hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung (Artikel 41 AGVO, KfW-Komponente 5)

Förderzweck

Investitionen zur Förderung erneuerbarer Energien, von ausschließlich erneuerbarem Wasserstoff und von hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung, mit Ausnahme von Strom aus erneuerbarem Wasserstoff, sind nach Artikel 41 AGVO förderfähig.

Investitionsbeihilfen für die Herstellung und Speicherung von Biokraftstoffen, flüssigen Biobrennstoffen, Biogas (einschließlich Biomethan) und Biomasse-Brennstoffen sind nur dann förderfähig, wenn die geförderten Kraftstoffe die Nachhaltigkeitskriterien und die Kriterien für Treibhausgaseinsparungen der Richtlinie (EU) 2018/2001 und der dazugehörigen Durchführungsrechtsakte oder delegierten Rechtsakte erfüllen und aus den in Anhang IX der Richtlinie aufgeführten Rohstoffen hergestellt werden.

Investitionsbeihilfen für Stromspeichervorhaben sind nur insoweit förderfähig, als sie für kombinierte Vorhaben für erneuerbare Energien und Speicherung (nach dem Zähler) gewährt werden, bei denen beide Elemente Teile ein und derselben Investition sind oder bei denen der Speicher an eine bestehende Anlage zur Erzeugung erneuerbarer Energien angeschlossen wird.

Investitionsbeihilfen für hocheffiziente KWK-Blöcke sind nur insoweit förderfähig, als sie im Sinne der Richtlinie 2012/27/EU oder späterer späteren Rechtsvorschriften, die diesen Rechtsakt ganz oder teilweise ersetzen, im Vergleich zur getrennten Erzeugung von Wärme und Strom insgesamt Primärenergieeinsparungen bewirken.

Investitionsbeihilfen werden für neu installierte oder modernisierte Kapazitäten gewährt. Nachdem die Anlage den Betrieb aufgenommen hat, werden keine Beihilfen gewährt oder ausgezahlt; der Beihilfebetrag ist unabhängig von der Produktionsleistung.

Beihilfefähige Kosten

Beihilfefähig sind die gesamten Investitionskosten.

Von der Möglichkeit der wettbewerblichen Ausschreibung macht die KfW keinen Gebrauch.

2.6 Investitionsbeihilfen für die Sanierung von Umweltschäden, die Rehabilitierung natürlicher Lebensräume und Ökosysteme, den Schutz bzw. die Wiederherstellung der Biodiversität oder die Umsetzung naturbasierter Lösungen für die Anpassung an den Klimawandel und für den Klimaschutz (Artikel 45 AGVO, KfW-Komponente 9)

Förderzweck

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

Investitionsbeihilfen für die Sanierung von Umweltschäden, die Rehabilitierung natürlicher Lebensräume und Ökosysteme, den Schutz bzw. die Wiederherstellung der Biodiversität oder die Umsetzung naturbasierter Lösungen für die Anpassung an den Klimawandel und für den Klimaschutz sind nach Artikel 45 AGVO förderfähig.

Die Förderung zur Unterstützung der Sanierungs- oder Rehabilitierungsarbeiten kann nur gewährt werden, wenn der Verursacher des Umweltschadens nicht bekannt oder für den Schaden nicht herangezogen werden kann, insbesondere weil das haftende Unternehmen rechtlich nicht mehr besteht und kein anderes Unternehmen als sein Rechtsnachfolger oder wirtschaftlicher Nachfolger angesehen werden kann, oder weil keine ausreichende finanzielle Absicherung vorhanden ist, um die Sanierungskosten zu tragen.

Beihilfefähige Kosten

Die beihilfefähigen Kosten entsprechen bei Investitionen in die Sanierung von Umweltschäden oder in die Rehabilitierung von natürlichen Lebensräumen und Ökosystemen den Kosten der Sanierungs-/Rehabilitierungsarbeiten abzüglich der daraus erwachsenden Wertsteigerung des Grundstücks. Alle Ausgaben eines Unternehmens für die Sanierung seines Standorts gelten als beihilfefähige Investitionen zur Sanierung eines schadstoffbelasteten Standorts, und zwar unabhängig davon, ob sie in der Bilanz als Anlagevermögen ausgewiesen werden können. Gutachten zur Wertsteigerung eines Grundstücks infolge einer Sanierung sind von einem unabhängigen Sachverständigen zu erstellen.

Im Rahmen von Investitionen in den Schutz bzw. die Wiederherstellung der Biodiversität und in die Umsetzung naturbasierter Lösungen für die Anpassung an den Klimawandel und für den Klimaschutz sind die Gesamtkosten der Arbeiten, die zum Schutz bzw. zur Wiederherstellung der Biodiversität oder zur Umsetzung naturbasierter Lösungen für die Anpassung an den Klimawandel und für den Klimaschutz beitragen, beihilfefähig.

2.7 Investitionsbeihilfen für energieeffiziente Fernwärme und Fernkälte (Artikel 46 AGVO, KfW-Komponente 11)

Förderzweck

Investition in den Bau, die Erweiterung oder die Modernisierung energieeffizienter Fernwärme- und/oder Fernkältesysteme (dazu zählen auch der Bau, die Erweiterung oder Modernisierung von Wärme- oder Kälteerzeugungsanlagen und/oder von Wärmespeicherlösungen und/oder des Verteilnetzes) sind nach Artikel 46 AGVO förderfähig.

Es können nur Fernwärme- und/oder Fernkältesysteme, die im Sinne des Artikels 2 Nummer 41 Richtlinie 2012/27/EU energieeffizient sind oder werden sollen, gefördert werden. Wird das System durch die geförderten Arbeiten am Verteilnetz noch nicht vollständig energieeffizient, so müssen die zusätzlichen Modernisierungen, die im Hinblick auf die Erfüllung der Definition des Begriffs „energieeffiziente Fernwärme und/oder Fernkälte“ erforderlich sind, bei den geförderten Wärme- und/oder Kälteerzeugungsanlagen innerhalb von drei Jahren nach Beginn der geförderten Arbeiten am Verteilnetz beginnen.

Für den Bau oder die Modernisierung von Erzeugungsanlagen, die mit fossilen Brennstoffen mit Ausnahme von Erdgas betrieben werden, dürfen keine Beihilfen gewährt werden. Beihilfen für den Bau oder die Modernisierung von Erzeugungsanlagen, die mit Erdgas betrieben werden, dürfen nur gewährt werden, wenn die Einhaltung der Klimaziele für 2030 und 2050 gemäß Anhang I Abschnitt 4.30 der Delegierten Verordnung (EU) 2021/2139 gewährleistet ist.

Beihilfefähige Kosten

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

Beihilfefähig sind die Investitionskosten für den Bau oder die Modernisierung eines energieeffizienten Fernwärme- und/oder Fernkältesystems.

Die Möglichkeit, die Beihilfeintensität über die Ermittlung der Finanzierungslücke zu bestimmen, wird von der KfW nicht angeboten.

2.8 Investitionsbeihilfen für Ressourceneffizienz und zur Unterstützung des Übergangs zu einer Kreislaufwirtschaft (Artikel 47 AGVO, KfW-Komponente 10)

Förderzweck

Förderfähig sind Investitionen zur Verbesserung der Ressourceneffizienz sowie Investitionen in die Vermeidung und Verringerung des Abfallaufkommens des vom Unternehmen erzeugten Abfalls. Folgende Investitionen können gefördert werden:

- a) Die Vorbereitung zur Wiederverwendung, die Dekontamination und das Recycling des vom Unternehmen erzeugten Abfalls oder des von Dritten erzeugten Abfalls, der andernfalls nicht verwendet, beseitigt, einer niedrigeren Stufe der in Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie 2008/98/EG genannten Abfallhierarchie entsprechend oder weniger ressourceneffizient behandelt würde oder zu einer geringeren Qualität des Recycling-Outputs führen würde;
- b) Investitionen in die Sammlung, Sortierung, Dekontamination, Vorbehandlung und Behandlung anderer Produkte, Materialien oder Stoffe, die vom Empfänger oder von Dritten erzeugt werden und andernfalls nicht verwendet oder weniger ressourceneffizient verwendet würden;
- c) Investitionen in die getrennte Sammlung und Sortierung von Abfall mit Blick auf dessen Vorbereitung zur Wiederverwendung oder das Recycling.

Nicht förderfähig sind Beihilfen für auf Energieerzeugung ausgerichtete Abfallbeseitigungs- und Abfallverwertungsverfahren.

Durch die Beihilfe dürfen Verursacher nicht indirekt von einer Last befreit werden, die sie nach Unionsrecht tragen müssen oder die als normaler Unternehmensaufwand anzusehen ist.

Die Investition darf nicht dazu führen, dass sich die Erzeugung von Abfall oder der Ressourcenverbrauch erhöht. Die Investition muss über den Stand der Technik hinausgehen.

Beihilfefähige Kosten

Beihilfefähig sind die Investitionsmehrkosten, die sich aus einem Vergleich der Gesamtinvestitionskosten des Vorhabens mit denjenigen eines Vorhabens oder einer Tätigkeit ergeben, die weniger umweltfreundlich sind, d.h. aus einem Vergleich mit einer der folgenden Situationen:

- a) einem kontrafaktischen Szenario einer vergleichbaren und ohne Beihilfe realistischen Investition in ein neues oder bereits bestehendes Produktionsverfahren, mit der nicht dasselbe Maß an Ressourceneffizienz erreicht wird;
- b) einem kontrafaktischen Szenario, bei dem die Abfallbehandlung entsprechend einer niedrigeren Stufe der in Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie 2008/98/EG genannten Abfallhierarchie oder eine weniger ressourceneffiziente Behandlung des Abfalls, anderer Produkte, Materialien oder Stoffe stattfindet;
- c) einem kontrafaktischen Szenario einer vergleichbaren Investition in einen herkömmlichen Produktionsprozess, bei dem primäre Roh- oder Ausgangsstoffe eingesetzt werden, wobei das hergestellte (wiederverwendete oder recycelte) Sekundärprodukt und das Primärprodukt technisch und wirtschaftlich gegeneinander substituierbar sind.

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

Handelt es sich bei der Investition um die Installation einer zusätzlichen Komponente für eine bereits bestehende Anlage und gibt es kein weniger umweltfreundliches Äquivalent zu dieser Investition oder kann nachgewiesen werden, dass ohne die Beihilfe keine Investition getätigt werden würde, so sind die gesamten Investitionskosten beihilfefähig.

3. Investitionsbeihilfen für lokale Infrastrukturen

3.1 Investitionsbeihilfen für lokale Infrastrukturen (Artikel 56 AGVO, KfW-Komponente 15)

Förderzweck

Investitionsbeihilfen in nicht gewidmete lokale Infrastrukturen sind nach Artikel 56 AGVO förderfähig. „Nicht gewidmet“ bedeutet, dass die Infrastruktur nicht für im Voraus ermittelbare Unternehmen errichtet werden und auf deren Bedarf zugeschnitten sein darf. Hierunter fallen Finanzierungen des Baus oder der Modernisierung von Infrastrukturen, die auf lokaler Ebene einen Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und Verbraucher und zur Modernisierung und Weiterentwicklung der industriellen Basis leisten und bei denen es sich um Einrichtungen zur Nahversorgung handelt.

Der Artikel 56 AGVO gilt weder für Flughafen- noch für Hafeninfrastrukturen und auch nicht für Beihilfen für Infrastrukturen, die unter andere Abschnitte des Kapitels III der AGVO (ausgenommen Regionalbeihilfen) fallen.

Die Infrastruktur muss interessierten Nutzern zu offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. Der für die Nutzung oder den Verkauf der Infrastruktur in Rechnung gestellte Preis muss dem Marktpreis entsprechen. Die Erteilung von Konzessionen oder Aufträgen für den Betrieb der Infrastruktur durch Dritte muss zu offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Bedingungen und unter Einhaltung der geltenden Vergabevorschriften erfolgen.

Beihilfefähige Kosten

Die beihilfefähigen Kosten für die lokale Infrastruktur sind die Investitionskosten in materielle und immaterielle Vermögenswerte. Der Beihilfebetrag für die Infrastruktur darf nicht höher sein als die Differenz zwischen den beihilfefähigen Kosten und dem Betriebsgewinn der Investition. Der Betriebsgewinn wird vorab, auf der Grundlage realistischer Projektionen, oder über einen Rückforderungsmechanismus von den beihilfefähigen Kosten abgezogen.

Anmeldeschwelle von Einzelbeihilfen

Ab einem Beihilfebetrag von 11 Mio. Euro pro Unternehmen/Infrastruktur oder bei Gesamtkosten über 22 Mio. Euro für dieselbe Infrastruktur ist die Maßnahme von der EU-Kommission zu genehmigen.

3.2 Investitionsbeihilfen für Seehäfen (Artikel 56b, KfW-Komponente 18)

Förderzweck

Der Artikel 56b AGVO gilt für Investitionen in den Bau bzw. die Modernisierung von Seehäfen- bzw. Zugangsinfrastruktur, in die Ausbaggerung bzw. in Lade- und Tankinfrastrukturen.

Nicht förderfähig sind Investitionen in den Bau, die Installation oder die Modernisierung von Tankinfrastruktur, die Schiffe mit fossilen Brennstoffen wie Diesel, gasförmigem Erdgas (komprimiertem

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

Erdgas (CNG) oder flüssigem Erdgas (Flüssigerdgas (LNG)) bzw. Flüssiggas (LPG) versorgt. Kosten für nicht die Beförderung betreffende Tätigkeiten (zum Beispiel für in einem Hafen befindliche industrielle Produktionsanlagen, Büros oder Geschäfte) sowie für Hafensuprastrukturen sind nicht förderfähig. Bei Investitionen in Lade- und Tankinfrastruktur, die Strom, Wasserstoff, Ammoniak bzw. Methanol bereitstellt, sind die Kosten für den Bau, die Installation, die Modernisierung oder die Erweiterung der Lade- oder Tankinfrastruktur förderfähig. Die Erteilung von Konzessionen oder Aufträgen für den Bau, die Modernisierung, den Betrieb oder die Anmietung einer durch eine Beihilfe geförderten Hafeninfrastruktur durch Dritte muss zu wettbewerblichen, transparenten, diskriminierungsfreien und auflagenfreien Bedingungen erfolgen. Die durch eine Beihilfe geförderte Hafeninfrastruktur muss interessierten Nutzern gleichberechtigt und diskriminierungsfrei zu Marktbedingungen zur Verfügung gestellt werden.

Beihilfefähige Kosten

Beihilfefähig sind die Kosten (einschließlich Planungskosten) für:

- a) Investitionen in Bau, Ersatz oder Modernisierung von Hafeninfrastrukturen;
- b) Investitionen in Bau, Ersatz oder Modernisierung von Zugangsinfrastruktur;
- c) Ausbaggerung.

Die beihilfefähigen Kosten können auch die Investitionskosten für die am Standort der Infrastruktur erfolgende Erzeugung von erneuerbarem Strom oder erneuerbarem Wasserstoff sowie die Investitionskosten für Einheiten zur Speicherung von erneuerbarem Strom oder Wasserstoff abdecken.

Die Beihilfeintensität darf bei jeder der vorgenannten Investitionen nicht höher sein als 60 % der beihilfefähigen Kosten.

Der Beihilfebetrug darf die Differenz zwischen den beihilfefähigen Kosten und dem mit der Investition oder der Ausbaggerung erzielten Betriebsgewinn nicht übersteigen. Der Betriebsgewinn wird vorab, auf der Grundlage realistischer Projektionen, oder über einen Rückforderungsmechanismus von den beihilfefähigen Kosten abgezogen.

Daneben bietet die KfW keine weiteren Möglichkeiten an, die beihilfefähigen Kosten festzulegen.

Anmeldeschwelle von Einzelbeihilfen

Beihilfen für Seehäfen: beihilfefähige Kosten von 143 Mio. EUR

3.3 Investitionsbeihilfen für Binnenhäfen (Artikel 56c AGVO, KfW-Komponente 20)

Förderzweck

Der Artikel 56c AGVO gilt für Investitionen in den Bau bzw. die Modernisierung von Binnenhäfen- bzw. Zugangsinfrastruktur, in die Ausbaggerung bzw. in Lade- und Tankinfrastrukturen.

Nicht förderfähig sind Investitionen in den Bau, die Installation oder die Modernisierung von Tankinfrastruktur, die Schiffe mit fossilen Brennstoffen wie Diesel, gasförmigem Erdgas (komprimiertem Erdgas (CNG)) oder flüssigem Erdgas (Flüssigerdgas (LNG)) bzw. Flüssiggas (LPG) versorgt. Kosten für nicht die Beförderung betreffende Tätigkeiten (zum Beispiel für in einem Hafen befindliche industrielle Produktionsanlagen, Büros oder Geschäfte) sowie für Hafensuprastrukturen sind nicht förderfähig. Bei Investitionen in Lade- und Tankinfrastruktur, die Strom, Wasserstoff, Ammoniak bzw. Methanol bereitstellt, sind die Kosten für den Bau, die Installation, die Modernisierung oder die Erweiterung der Lade- oder Tankinfrastruktur förderfähig. Die Erteilung von Konzessionen oder Aufträgen für den Bau, die

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

Modernisierung, den Betrieb oder die Anmietung einer durch eine Beihilfe geförderten Hafeninfrastruktur durch Dritte muss zu wettbewerblichen, transparenten, diskriminierungsfreien und auflagenfreien Bedingungen erfolgen. Die durch eine Beihilfe geförderte Hafeninfrastruktur muss interessierten Nutzern gleichberechtigt und diskriminierungsfrei zu Marktbedingungen zur Verfügung gestellt werden.

Beihilfefähige Kosten

Beihilfefähige Kosten sind die Kosten (einschließlich Planungskosten) für

- a) Investitionen in Bau, Ersatz oder Modernisierung von Hafeninfrastrukturen;
- b) Investitionen in Bau, Ersatz oder Modernisierung von Zugangsinfrastruktur;
- c) Ausbaggerung.

Die beihilfefähigen Kosten können auch die Investitionskosten für die am Standort der Infrastruktur erfolgende Erzeugung von erneuerbarem Strom oder erneuerbarem Wasserstoff sowie die Investitionskosten für Einheiten zur Speicherung von erneuerbarem Strom oder Wasserstoff abdecken.

Die Beihilfeintensität darf bei jeder der vorgenannten Investitionen nicht höher sein als 100 % der beihilfefähigen Kosten.

Der Beihilfebetrug darf die Differenz zwischen den beihilfefähigen Kosten und dem mit der Investition oder der Ausbaggerung erzielten Betriebsgewinn nicht übersteigen. Der Betriebsgewinn wird vorab, auf der Grundlage realistischer Projektionen, oder über einen Rückforderungsmechanismus von den beihilfefähigen Kosten abgezogen.

Daneben bietet die KfW keine weitere Möglichkeit an, die beihilfefähigen Kosten festzulegen.

Anmeldeschwelle von Einzelbeihilfen

Beihilfen für Binnenhäfen: beihilfefähige Kosten von 44 Mio. EUR

B.III Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FuEul)

Die Voraussetzungen für die Gewährung von staatlichen Beihilfen im Bereich von Forschung, Entwicklung und Innovation (FuEul) sind im Unionsrahmen für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation geregelt (Mitteilung (EU) Nummer 2022/7388 vom 19. Oktober 2022 (EU-ABl. C 414/1 vom 28. Oktober 2022)).

Anwendungsbereich

Der Unionsrahmen findet grundsätzlich in allen FuEul-Bereichen und Sektoren Anwendung. So können u. a. Beihilfen für FuEul-Vorhaben, den Bau und Ausbau von Forschungsinfrastrukturen, Beihilfen für Innovationsmaßnahmen und Innovationscluster gewährt werden. Im Einzelnen siehe hierzu Ziffer 1.2. des FuEul-Unionsrahmens. Die für die KfW relevanten Bestimmungen sind im Folgenden exemplarisch dargestellt.

Förderausschlüsse

- Unternehmen in Schwierigkeiten (siehe hierzu unten Ziffer C. Unternehmen in Schwierigkeiten).

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

- Bei einer Beihilfe an einen Empfänger, der einer Rückforderungsentscheidung der Kommission aufgrund einer unzulässigen Beihilfe nachzukommen hat, wird die Kommission bei der Entscheidung über die neuen Beihilfen den noch ausstehenden Rückforderungsbetrag berücksichtigen.

Beihilfen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (FuE-Vorhaben)

Gemäß Ziffer 1.2. a) des Unionsrahmens sind unter anderem Investitionsbeihilfen für FuE-Vorhaben im Bereich der angewandten Forschung zulässig, wobei diese in industrielle Forschung und experimentelle Entwicklung unterteilt werden kann. Die KfW fördert nur FuE-Vorhaben im Bereich der experimentellen Entwicklung.

Dabei bezeichnet experimentelle Entwicklung den Erwerb, die Kombination, die Gestaltung und die Nutzung vorhandener wissenschaftlicher, technischer, wirtschaftlicher und sonstiger einschlägiger Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Ziel, neue oder verbesserte Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zu entwickeln. Sie umfasst die Entwicklung eines Produktes bis zur Erstellung eines ersten kommerziellen Prototyps, wenn dessen Herstellung allein für Demonstrations- oder Validierungszwecke zu teuer wäre.

Anreizeffekt (Ziffer 4.4 des Unionsrahmens)

Nach dem Unionsrahmen sind Beihilfen nur zulässig, wenn sie einen Anreizeffekt haben. Ein Anreizeffekt liegt dann vor, wenn die Beihilfe dazu führt, dass das geförderte Unternehmen zusätzliche Tätigkeiten aufnimmt, die es ohne die Beihilfe nicht oder nicht in gleichem Umfang vorgenommen hätte.

Bei FuEul-Beihilfen (z. B. programmbezogene Einzelzusagen) liegt ein Anreizeffekt vor, wenn der Beihilfeempfänger einen schriftlichen Antrag vor Beginn des Vorhabens gestellt hat.

Dabei muss der Beihilfeantrag mindestens die folgenden Angaben enthalten:

- Name und Größe des Antragstellers,
- Beschreibung des Vorhabens mit Angabe des Standorts sowie des Beginns und (voraussichtlichen) Abschlusses des Vorhabens,
- Höhe der für die Durchführung des Vorhabens benötigten öffentlichen Unterstützung sowie eine Aufstellung der beihilfefähigen Kosten.

Beihilfefähige Kosten

Gemäß Anhang I des Unionsrahmens sind die folgenden Kosten förderfähig:

- Personalkosten (Forscher, Techniker und sonstiges Personal, soweit diese für das jeweilige Vorhaben eingesetzt werden),
- Kosten für Instrumente und Ausrüstungen, soweit und solange sie für das Vorhaben genutzt werden,
- Kosten für Gebäude und Grundstücke, soweit und solange sie für das Vorhaben genutzt werden,
- Kosten für Auftragsforschung, Wissen und nach dem Arm's length-Prinzip von Dritten direkt oder in Lizenz erworbene Patente sowie Kosten für Beratung und gleichwertige Dienstleistungen, die ausschließlich für das Vorhaben genutzt werden,
- Zusätzliche vorhabenbezogene Gemeinkosten,
- Sonstige Betriebskosten einschließlich vorhabenbezogener Kosten für Material, Bedarfsmittel und dergleichen.

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

Maximale Beihilfeintensitäten

Folgende maximale Beihilfeintensitäten sind im Bereich der experimentellen Entwicklung zulässig:

- Kleines Unternehmen (KU): 45 %
- Mittleres Unternehmen (MU): 35 %
- Großes Unternehmen (GU): 25 %

Veröffentlichungs- und Informationspflichten (Ziffer 3.2.4 des Unionsrahmens)

Fördermittelgeber in der EU sind seit dem 01.07.2016 verpflichtet, auf einer internetbasierten Seite Informationen über jede individuelle Einzelbeihilfe größer 500.000 Euro bereitzustellen. Mit dem neuen Unionsrahmen wurde die Meldeschwelle auf 100.000 Euro herabgesetzt. Zu veröffentlichen sind insbesondere der Name des Empfängers der Beihilfe, die Art des Unternehmens (kleines, mittleres oder großes Unternehmen), die Region des Standorts des Beihilfeempfängers, Beihilfebetrug und Beihilfeinstrument. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf die durch die KfW gewährten Beihilfen.

B.IV Befristeter Krisenrahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft infolge der Aggression Russlands gegen die Ukraine – Krisenbewältigung und Gestaltung des Wandels

Rechtsgrundlage

Angesichts der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine, der in diesem Zusammenhang von der EU und internationalen Partnern verhängten Wirtschaftssanktionen sowie der – zum Beispiel von Russland ergriffenen Gegenmaßnahme – und der hieraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen hat die Europäische Kommission beschlossen, Kriterien auf der Grundlage des Artikel 107 Absatz 3 lit. b AEUV zur Behebung beträchtlicher Störungen im Wirtschaftsleben eines Mitgliedsstaats festzulegen, die bei der Würdigung der Vereinbarkeit von Beihilfemaßnahmen der Mitgliedstaaten zugrunde gelegt werden.

Der Befristete Krisenrahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft infolge der Aggression Russlands gegen die Ukraine (TCF) erging im Nachgang als Befristeter Krisenrahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine – Krisenbewältigung und Gestaltung des Wandels (TCTF) (Mitteilung (EU) Nr. C 2023/1711 vom 9. März 2023 (EU-ABI. C 101/03 vom 17. März 2023)).

B.V Weitere EU-Beihilferegulungen

Neben den dargestellten Beihilferegulungen gibt es noch weitere Beihilferegulungen, die jedoch nicht als beihilferechtliche Grundlage für die ERP-/KfW-Produkte genutzt werden. Hierzu zählen zum Beispiel die Leitlinien für Regionalbeihilfen 2022-2027 oder die Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten. Von anderen Fördermittelgebern gewährte Beihilfen sind bei der Kumulierungsprüfung zu berücksichtigen. Einzelheiten hierzu sind bei dem jeweiligen Fördermittelgeber zu erfragen.

C. Unternehmen in Schwierigkeiten

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

Die meisten EU-Beihilferegelungen schließen eine Förderung von Unternehmen in Schwierigkeiten aus. Dabei ist die Definition eines Unternehmens in Schwierigkeiten davon abhängig, nach welcher beihilferechtlichen Grundlage das jeweilige Produkt bzw. die Beihilfe gewährt wird. Im EU-Beihilfenrecht bestehen im Wesentlichen folgende Definitionen eines Unternehmens in Schwierigkeiten.

C.I Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO)

Im Anwendungsbereich der AGVO ist ein Unternehmen in Schwierigkeiten ein Unternehmen, auf das mindestens einer der folgenden Umstände zutrifft (Artikel 2 Ziffer 18 AGVO):

- Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen, und – in Bezug auf Risikofinanzierungsbeihilfen – KMU, die die Voraussetzungen des Artikels 21 Absatz 3 Buchstabe b erfüllen und nach einer Due-Diligence-Prüfung durch den ausgewählten Finanzintermediär für Risikofinanzierungen in Frage kommen): Mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden), ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gezeichneten Stammkapitals entspricht. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ insbesondere auf die in Anhang I der Richtlinie 2013/34/EU genannten Arten von Unternehmen und der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.
- Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen, und – in Bezug auf Risikofinanzierungsbeihilfen – KMU, die die Voraussetzungen des Artikels 21 Absatz 3 Buchstabe b erfüllen und nach einer Due-Diligence-Prüfung durch den ausgewählten Finanzintermediär für Risikofinanzierungen in Frage kommen): Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen.
- Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.
- Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.
- Im Falle eines Unternehmens, das kein KMU ist: In den letzten beiden Jahren
 - betrug der buchwertbasierte Verschuldungsgrad des Unternehmens mehr als 7,5 und
 - das anhand des EBITDA berechnete Zinsdeckungsverhältnis des Unternehmens lag unter 1,0

C.II Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten

Die Definition eines Unternehmens in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien kommt dann zur Anwendung, wenn andere beihilferechtliche Regelungen wie z. B. Unionsrahmen, Leitlinien oder Verordnungen im Rahmen eines Förderausschlusses von Unternehmen in Schwierigkeiten auf die Definition der Leitlinien für Beihilfen an Unternehmen in Schwierigkeiten (EU-ABI. 2014/C 249/01 vom 31. Juli 2014 in der im EU-ABI. C 224/2 vom 8. Juli 2020 veröffentlichten Fassung) verweisen. Dies ist zum Beispiel beim Unionsrahmen für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation der Fall (siehe oben), der

Merkblatt

Allgemeines Merkblatt zu Beihilfen

Informationen zu gewährten Beihilfen im Rahmen der ERP- und KfW-Förderprodukte - gültig ab 14.12.2023

gemäß Ziffer 1.1. einen Förderausschluss für Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien für Beihilfen an Unternehmen in Schwierigkeiten vorsieht.

Gemäß den Leitlinien für Beihilfen an Unternehmen in Schwierigkeiten gilt ein Unternehmen dann als Unternehmen in Schwierigkeiten, wenn es auf kurze oder mittlere Sicht so gut wie sicher zur Einstellung seiner Geschäftstätigkeiten gezwungen sein wird, falls der Staat nicht eingreift. Im Sinne dieser Leitlinien befindet sich ein Unternehmen dann in Schwierigkeiten, wenn mindestens eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen): Mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden), ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gezeichneten Stammkapitals entspricht.
- Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen): Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen.
- Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.
- Bei einem Unternehmen, das kein KMU ist, lag in den vergangenen beiden Jahren
 - der buchwertbasierte Verschuldungsgrad über 7,5 und
 - das Verhältnis des EBITDA zu den Zinsaufwendungen unter 1,0.